



Februar 2026

Frieden und Freiheit für Rojava!



Demonstration am 29.01. in Altona. Immerhin wurde inzwischen gemeldet, dass die gegenwärtige syrische Führung und die kurdische Selbstverwaltung einen Waffenstillstand vereinbart haben. Hoffen wir, dass der diesmal hält und dass die „befreiten“ IS-Kämpfer das auch wissen.

Kurzum: Die Solidarität mit Rojava bleibt oben auf der Tagesordnung! (Foto: -ena)

Redaktionsschluss für die März-Ausgabe:
Freitag, 27.02.2026

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Einladung zur BMV	S. 2
Hamburg schadet PRÜF	S. 3
Demo gegen US-Staatsterrorismus	S. 4
Desaster Elbtower	S. 5
Einladung SAGA-Mieter	S. 6
NOlympia: Unterschriften sammeln!	S. 6
Programmkonferenz	S. 7
8 Mai Feiertag	S. 8
Bericht aus der Bezirksversammlung	S. 9
Dokuzentrum Hannoverscher Bahnhof	S. 10
Ver.di Tarifkampf /SAGA Billstedt	S. 13
Termine / Kontakt	S. 15

Einladung zur Bezirksmitgliederversammlung



Sonntag, 22. Februar 2025

10:30 bis 18:00 Uhr
im Kulturpalast (Öjendorfer Weg 30a, 22119 Hamburg)

Liebe*r Genoss*in,

wir möchten dich hiermit herzlich zu unserer nächsten Bezirksmitgliederversammlung (BMV) einladen. Es stehen spannende Entscheidungen bevor, denn wir werden unsere Delegierten für den Landes- und den Bundesparteitag 2026/27 wählen und einen Platz im Bezirksvorstand nachbesetzen. Wir freuen uns sehr, wenn du Lust hast zu kandidieren und auf der BMV mit uns zu debattieren. Für das leibliche Wohl ist gesorgt: Es gibt Essen und Getränke. Bitte bringst nach Möglichkeit ein digitales Endgerät mit, da wir ein elektronisches Abstimmungsverfahren nutzen wollen.

Unseren Vorschlag für die Tagesordnung findest du unten, und [hier](#) aktualisieren wir laufend das Materialpaket. Wenn du Fragen hast, melde dich gerne bei uns.

Wir freuen uns auf dein Kommen, spannende Debatten und gemeinsames, politisches Gestalten.

Mit herzlichen & solidarischen Grüßen

Dein Bezirksvorstand (Rhia, Lea, Laura, Luzian, Vincent, Jamila, Wolfgang und Yannick)

Tagesordnungsvorschlag

TOP	Beginn	Dauer	Bezeichnung
	10:30	00:30	Mandatsprüfung
0	11:00	00:45	Konstituierung <ul style="list-style-type: none">• Beschluss der Geschäftsordnung• Bestimmung der Kommissionen• Beschluss der Tagesordnung
1	11:45	00:45	Nachwahl Bezirksvorstand
2	12:30	02:00	Delegiertenwahlen <ul style="list-style-type: none">• Landesparteitag (quotiert)• Bundesparteitag (quotiert)
	14:30	00:45	<i>Pause</i>
2	15:15	02:00	Delegiertenwahlen <ul style="list-style-type: none">• Landesparteitag (offen)• Bundesparteitag (offen)
3	17:15	00:30	Anträge
6	17:45	00:15	Verschiedenes
	18:00		<i>Ende</i>

Hinweis zu Anträgen

Jedes Mitglied ist antragsberechtigt. Anträge an die Bezirksmitgliederversammlung können bis einschließlich 07. Februar an die E-Mail-Adresse des Bezirksvorstandes (bv-mitte-vorstand@lists.die-linke-hh.de) eingereicht werden (vorzugsweise als Word-Dokument). Dringlichkeits- und Initiativanträge können mit Unterstützung von mindestens 15 Mitgliedern auch unmittelbar auf der BMV eingebracht werden.

Hinweis zu Kandidaturen

Der nachzubesetzende Platz im Bezirksvorstand ist offen für Genoss*innen aller Geschlechter. Es sind 26 Landesparteitags- und 4 Bundesparteitagsdelegierte, sowie unbegrenzt Ersatzdelegierte zu wählen.

Ein Sieg der keiner ist: Rot-Grüns AfD-Verbotsantrag schadet der PRÜF-Initiative

Von Luzian Massarrat

Seit November 2025 demonstrierten an jedem zweiten Samstag im Monat tausende Menschen für ein AfD-Verbotsverfahren. Aufgerufen hatte die Initiative PRÜF um Nico Semsrott. Die Idee dahinter: Die CDU/CSU blockiert in Bundestag und Bundesregierung jede Bestrebung, einen Prüfantrag an das Bundesverfassungsgericht zu stellen. Eine Chance auf die erforderliche Mehrheit gibt es aber im Bundesrat, wo die Landesregierungen vertreten sind. Um Druck für die Mehrheitsfindung in der Länderkammer aufzubauen, möchte PRÜF monatliche Demos in allen Landeshauptstädten organisieren. Leuchtturm war zunächst Hamburg – hier gab es von Anfang an monatliche Demos. Und schon nach drei Monaten, scheint sich die rot-grüne Koalition zu bewegen und beschließt einen entsprechenden Antrag in der Bürgerschaft ... oder?

Leider nicht. Der **Antrag von Rot-Grün** torpediert das Ansinnen von PRÜF und ist gleichzeitig ein gewitzter Schachzug, um den Hamburger Demos jede Angriffsfläche zu nehmen.

Der Kern hinter der Idee von PRÜF ist ja eben, dass auf Bundesebene eine Blockade vorliegt, im Bundesrat allein aber eine Mehrheit möglich wäre. Hamburg aber will sich jetzt „für die Einrichtung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundes“ einsetzen – und macht damit deutlich, dass es nur gemeinsam mit dem Bundestag (und dem rechtsaußen CSU-Innenminister Dobrindt) aktiv werden will. Damit stellt Hamburg sich gegen die PRÜF-Forderung,

Wenn du kandidieren möchtest, kannst du dich entweder auf der Versammlung melden oder deine Kandidatur vorher an den Bezirksvorstand senden. Du hast außerdem die Option, ein Bewerbungsschreiben (max. eine Seite) einzureichen, das als Teil des Materialpakets an die Mitgliedschaft versendet wird (Einsendefrist ist der 07.02.26).

Kinderbetreuung

Wir organisieren eine Kinderbetreuung für die BMV. Wenn ihr uns im Vorhinein Bescheid geben könnt, ob ihr sie in Anspruch nehmen wollt, hilft uns das bei der Planung.

im Bundesrat eine einfache Mehrheit zu beschaffen und setzt die Hürde für ein Zustandekommen des Prüfauftrags wieder höher. Zusätzlich verschleppt der Hamburger Plan das Verfahren in die ferne Zukunft: Wenn die Prüfung der AfD durch den Verfassungsschutz erfolgreich durch das Verwaltungsgericht geprüft wurde, soll eine Arbeitsgruppe prüfen, ob eine Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht erfolversprechend ist. Wer, wann, wie und nach welchem politischen Kalkül in dieser Arbeitsgruppe mitwirkt, steht in den Sternen.

Doch Rot-Grüns Vorstoß war gewitzt: Wer jetzt auf weiteren Demos von Hamburg Handeln fordert, wird sicherlich immer darauf verwiesen, dass die Koalition sich ja bereits positioniert hätte und für ein Verfahren sei. Weitere Demos in Hamburg haben sich damit so gut wie erledigt, das Thema ist in Hamburg tot und die Koalition hat sich mit ihrer Verschleppungstaktik jeder Kritik entzogen. PRÜF bleibt wenig anderes übrig, als den Beschluss als Erfolg zu feiern und zu hoffen, damit Schwung für andere Bundesländer aufnehmen zu können.

Eine bessere Alternative wäre übrigens denkbar: Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft forderte in einem eigenen **Antrag**, dass Hamburg sich **Bremens Initiative** anschließt und im Bundesrat für ein AfD-Verbotsverfahren stimmt. Doch das hat die Hamburger Regierungskoalition abgelehnt.



Demo am 4. Januar für Venezuela (Foto: -ena)

Bundesweiter dezentraler Aktionstag am 14.2. mit Demonstrationen und Kundgebungen u.a. in Hamburg, Berlin, Frankfurt, München

Für die Verwirklichung der UN-Charta und das Selbstbestimmungsrecht der Völker Gegen den Staatsterrorismus der USA

Der US-Überfall auf Venezuela am 3. Januar, bei dem in einer Nacht- und Nebelaktion der Präsident Nicolás Maduro und Cilia Flores, seine Frau, gekidnappt sowie mindestens 80 Menschen ermordet wurden, stellt einen brutalen Bruch des Völkerrechts dar. Bereits die ihm vorausgegangenen Angriffe auf angebliche Drogenboote mit über 100 Toten und die Sperrung des venezolanischen Luftraums bedeuten eine neue Qualität imperialistischer Einmischung. Damit erhebt die US-Regierung vor aller Welt ihren kolonialistischen Anspruch auf Venezuela und die ganze westliche Hemisphäre und ist eine Bedrohung für alle Völker geworden.

Die Liste der US-Kriege und Interventionen, die zur Festigung ihrer geopolitischen Vormacht und Durchsetzung ihrer Wirtschaftsinteressen nach dem Ende des 2. Weltkriegs führten, ist lang und umfasst nicht nur die amerikanischen Länder. Auch Vietnam, Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Libyen, Syrien und Palästina, um nur einige zu nennen, leiden heute noch unter den Folgen. In der Vergangenheit betrachteten die USA Mittel- und Südamerika stets als ihren Hinterhof. Jedes Land, das den Weg sozialer Gerechtigkeit und selbstbestimmter Entwicklung einschlagen wollte, wurde durch militärisches Eingreifen der USA und CIA oder durch Erpressung daran letztlich gehin-

dert. Kuba führte 1959 eine erfolgreiche Revolution durch und schuf damit eine Alternative zum Ausbeutersystem der USA. Bis heute wagt es diese unbeugsame Insel, den USA die Stirn zu bieten und wird deshalb seit fast 65 Jahren mit einer umfassenden Wirtschafts- und Finanzblockade sowie extraterritorialen Sanktionen drangsaliert.

Mittlerweile haben die USA jegliche Hemmung verloren, weil in vielen Teilen der Welt ihr Hegemonieanspruch nicht mehr akzeptiert wird. Ländern wie Kuba, Mexiko und Kolumbien, jüngst sogar Grönland, droht die US-Administration mit harten Konsequenzen, wenn sie sich nicht ihrem Willen unterwerfen. Sie versucht nicht einmal mehr, es zumindest nach außen hin so aussehen zu lassen, als würde sie die Freiheit und Menschenrechte gegen Autokratie und Diktatur verteidigen. Heute redet der stellvertretende Stabschef im Weißen Haus Stephen Miller Klartext: «Wir leben in der realen Welt, die von Stärke, von Gewalt, von Macht beherrscht wird.» ... «die ehernen Gesetze der Welt seit Anbeginn der Zeit.» Diese vermeintlich „ehernen Gesetze der Welt“ richten sich gegen das Bestreben der Völker, ihre Zukunft im Sinne der UN-Charta zu gestalten und ihre Potentiale und Ressourcen für eine demokratische, soziale und ökonomische Entwicklung im Interesse ihrer Gesellschaften zu nutzen.

Wir verlangen von der deutschen Regierung, den USA die Gefolgschaft zu verweigern und sich für Frieden, Dialog und Völkerrecht einzusetzen. Wir verlangen, dass sie jegliche Gewaltandrohung gegen Venezuela, Kuba, Kolumbien, Nicaragua, Panama und Mexiko und auch Kanada sowie Grönland verurteilt und auf den Abzug der Armada aus der Karibik besteht. Ebenso fordern wir Abrüstung hier, statt destabilisierender Hochrüstung. Denn darin besteht Deutschlands internationale Verantwortung, wie sie sich aus der UN-Charta, dem Grundgesetz und 2+4-Vertrag als Konsequenz vor allem des 2. Weltkriegs ableitet.

Wir setzen uns ein für

- den Stopp der völkerrechtswidrigen Angriffe gegen Venezuela und des Raubs seiner Bodenschätze sowie das Ende der illegalen See- und Luftblockade
- die Freilassung von Präsident Nicolás Maduro und seiner Frau Cilia Flores
- den Abzug des US-Militärs aus Venezuela und ganz Lateinamerika

- die Beendigung der US-Blockade gegen Kuba und die Löschung der US-Liste angeblich terrorunterstützender Staaten
- die Respektierung Lateinamerikas „Zone des Friedens“
- Diplomatie, Dialog und Abrüstung
- die Verwirklichung der UN-Charta



UNSERE ANTWORT AUF DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ 2026 IN MÜNCHEN Aktionsbündnis 14.2. Frieden & Solidarität

**Demonstrationszug in Hamburg:
14.2., 13 Uhr, voraussichtlich ab HBF
Infos & Startpunkt auf: www.kein-nato-hafen.de**

Desaster Elbtower

Die Bezirksfraktion Hamburg-Mitte hatte am 15. Januar zu einer Veranstaltung im Bürgerhaus eingeladen. Marco Hosemann, Bürgerschaftsabgeordneter der Linken und Fachsprecher für Stadtentwicklung und ich, referierten über die Vorgeschichte des Towers und den aktuellen Stand des Projekts.

Die 595 Millionen Euro für den Kauf Senats sollen aus dem Sondervermögen Klimaschutz und Infrastruktur des Bundes kommen. Marco Hosemann dazu: „Dies ist eine Zweckentfremdung von Geldern aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK)“.

Das geplante Museum von 26.000 Quadratmetern im Elbtower soll nun eine Fläche von 46.000 m² einnehmen. Da sind wohl Zugeständnisse an den Investor Becken gemacht worden.

Auch der Quadratmeterpreis von 30.000 Euro für eine Immobilie in der Hafen City ist zu hoch. Warum hat der Senat keine Alternativen für einen Neubau geprüft?



Foto (Lutz Zimmermann)

Die Linke hatte gleich nach dem Kauf Akteneinsicht in alle Unterlagen des Entscheidungsverlaufs beantragt. Der Antrag, so Hosemann, wurde in der Bürgerschaft abgelehnt. Die Kaufverhandlungen seien weitgehend geheim gewesen. Der Senat wolle jetzt wohl ausgewählte Akten herausgeben, dann könne man weitersehen.

Es gab noch mehr Informationen von Marco Hosemann und mir, sowie Fragen der BürgerInnen.

Ronald Wilken

Einladung: SAGA-Mieter*innenversammlung

Moin,
im November haben wir gemeinsam mit euch den Auftakt für unsere Mietenkampagne gemacht, im Januar hatten wir nun in den Bezirken weitere Mieter*innentreffen.

Während viele private Vermieter*innen ihre Wohnungen als Renditeobjekt verstehen, könnte es bei Hamburgs größter Vermieterin, der SAGA, anders laufen, denn sie gehört der Stadt.

Doch auch bei der SAGA gehören ständige Mieterhöhungen, Schimmel und mangelnde Instandhaltung zum Alltag. Wir können das ändern, wenn wir uns zusammentun!

Wir wollen jetzt den nächsten Schritt mit dir gehen und laden alle SAGA-Mieter*innen zu einem gemeinsamen Treffen ein, um Pläne für das Jahr 2026 zu schmieden.

Bei dem Treffen wollen wir uns kennenlernen, austauschen und vernetzen – und gemeinsam überlegen, wie wir Druck aufbauen können, um eine soziale SAGA für Hamburg zu erstreiten.

Jetzt Unterschriften sammeln: Gemeinsam Olympia in Hamburg verhindern!

Jetzt geht's los: **Das NOlympia-Bündnis startet die Unterschriftensammlung** – und wir stehen in der ersten Reihe! Jetzt heißt es, raus auf die Straße, rein in die Stadtteile, **Unterschriften sammeln, Gespräche führen, Druck aufbauen**. Wir lassen uns dieses teure Prestigeprojekt nicht aufzwingen – Hamburg gehört uns, nicht den InvestorInnen und PR-StrategInnen des Senats!

Mit **10.000 gültigen Unterschriften** kann das Bündnis seine Positionen in die offiziellen Wahlunterlagen einbringen. Das heißt: **eine starke zivilgesellschaftliche Gegenstimme in jedem Hamburger Haushalt**. Während der Senat Millionen in ein kurzlebiges Prestigeprojekt stecken will, das Hamburg finanziell belastet, soziale Ungleichheit verschärft und der Stadt langfristig schadet, setzen wir uns für **ein soziales, nachhaltiges Hamburg** ein – eines, das die Bedürfnisse der Menschen priorisiert, die hier leben.

Jetzt seid ihr gefragt.

Organisiert eure Genoss*innen im Bezirk, plant gemeinsame Sammelaktionen und schließt euch der Unterschriftensammlung an. Ihr kennt eure Stadtteile, eure Nachbarschaften, eure Orte – ihr seid die Local Heroes, die wissen, wo Gespräche entstehen und Unterstützung wächst.

Nützliche Hinweise für das Sammeln von Unterschriften sind [hier](#) für euch zusammengestellt.

Wann und wo?

📅 24. Februar 2026 | 18:00–20:00 Uhr

📍 Burchardstr. 21, 20095 Hamburg

Die Treffen richten sich an **alle Menschen, die Lust haben, sich für eine soziale SAGA zu organisieren** – ganz egal, ob du politisch organisiert bist oder nicht. Wir wollen uns kennenlernen, zusammenschließen und Schritt für Schritt eine **Mieter*innenbewegung von unten** aufbauen, die gemeinsam was bewegt.

Komm vorbei, bring deine Erfahrungen ein oder hör erstmal zu. Und ganz wichtig: **Sag es weiter und bring Freund*innen, Nachbar*innen oder Kolleg*innen mit** – je mehr wir sind, desto stärker werden wir.

Wir freuen uns auf dich!

Solidarische Grüße
Luzian und Toni



Materialausgabe in der Landesgeschäftsstelle

Ab Montag, den 02.

Februar könnt ihr Unterschriftenlisten in der Landesgeschäftsstelle rausholen.

Unterschriften sammeln vorm

St. Pauli-Spiel 🌐

Eine große Chance zum Sammeln bietet das Heimspiel des FC St. Pauli gegen Stuttgart am 📅 Samstag, 7. Februar. [Hier entlang](#) für mehr Information.

👉 Damit ihr keine Termine, Aktionen und Sammelstarts verpasst, **abonniert den Telegramm-Channel des Bündnisses**.

Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass Hamburg seine Prioritäten selbst setzt!

Die Genoss*innen in St. Georg und HaHoBo haben Sammeltermine geplant. Wendet euch bitte an eure Gruppenverantwortlichen.

Mehr auf der Seite der Ini: <https://www.nolympia-hamburg.de/>

Einladung zur Programmkonferenz des linken Parteiflügels



Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden euch herzlich zur Programmkonferenz des bundesweiten linken Parteiflügels am Samstag, den 7. Februar 2026, von 11:00 Uhr bis ca. 17:00 Uhr ein. Die Veranstaltung findet im **Veranstaltungszentrum "Rotation" in den ver.di-Höfen** (Nähe Hauptbahnhof) Goseriede 10, 30159 Hannover statt. Jetzt anmelden.

Die Programmkonferenz wird getragen von der BAG Betrieb & Gewerkschaft, der BAG Frieden und Internationale Politik, der Sozialistischen Linken, der Kommunistischen Plattform, Cuba Sí sowie weiteren Genoss:innen des linken Parteiflügels.

Die aktuelle Programmdebatte findet in einer Zeit tiefgreifender globaler Umbrüche statt: Militarisierung, Sozialabbau, autoritäre Tendenzen und der Zerfall der alten Weltordnung markieren eine neue Epoche. Die Frage Sozialismus oder Barbarei wird durch unseren Eingriff mitbestimmt. Zahlreiche Aktivitäten haben die friedens- und klassenpolitische Ausrichtung der Partei vorangebracht. Ähnlich wie bei der Entstehung des Erfurter Programms stehen wir vor der Aufgabe, nicht nur innerparteiliche Fragen zu klären, sondern eine umfassende sozialistische Antwort auf die Zumutungen dieser Zeit zu formulieren.

Ein neues Programm muss strategische Orientierung bieten: für eine Linke, die Klassenpolitik, Antiimperialismus und internationale Solidarität zusammenführt und die Fähigkeit zurückgewinnt, gesellschaftliche Hegemonie aufzubauen. Die Konferenz soll ein Schritt sein, dieses historische Projekt gemeinsam zu entwickeln und Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren.

Wir freuen uns besonders, dass die Botschafterin der Republik Kuba, Juana Martínez González, den Auftakt der Konferenz mit einem internationalen und solidarischen Blick eröffnen wird. Im Mittelpunkt stehen Beiträge und Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:

1. Antiimperialismus und Pazifismus heute

Es diskutieren: Özlem Alev Demirel (MdEP), Ellen Brombacher (Kommunistische Plattform), Gabi Bieberstein (BAG Frieden und internationale Politik)

Moderation: Margit Glasow

2. Assoziierung, Aufklärung und Emanzipation gegen den Kulturkampf von rechts

Es diskutieren: Artur Pech (Brandenburg), Freddy Heinz (die Linke.SDS), Artur Brückmann (LAG Antifa/Gegen Rechts Hamburg)

Moderation: Lukas Hof

3. Die soziale Frage und kein Ende der Geschichte

Es diskutieren: Thies Gleiss (Antikapitalistische Linke), Nils Böhlke (BAG Betrieb und Gewerkschaft), Yusuf Karaaslan (Sozialistische Linke)

Moderation: Nick Papak Amoozegar

Den Abschluss bildet ein Podium mit Blick auf den Kampf um die programmatischen Positionen der Linken.

Es diskutieren: Ellen Brombacher (Kommunistische Plattform), Özlem Alev Demirel (MdEP), Kristian Glaser (Hamburg) und Ulrike Eifler (BAG Betrieb und Gewerkschaft).

Moderation: Thorben Peters

Gebt bei der Anmeldung bitte euren Landesverband und falls zutreffend innerparteilichen Zusammenschluss an. Mit der Anmeldebestätigung werden weitere Informationen zur inhaltlichen Gestaltung und organisatorische Hinweise versendet. Anmeldung an:

linkeprogrammkonferenz@posteo.de

Mit solidarischen Grüßen

Thorben und Lukas

für das Vorbereitungsteam der Programmkonferenz

Erinnern heißt kämpfen: Der 8. Mai muss Feiertag werden!



Hamburger Ratschlag
für den 8. Mai als Feiertag

www.8mai-hamburg.de

Diskussion

mit **Deniz Celik** (MdHB, Die Linke)

Michael Gwosdz (MdHB, Bündnis 90/Grüne)

Olaf Steinbiß (MdHB, SPD)

Dienstag, 3. Februar 2026, 19 Uhr

Galerie der Gegenwart (Hamburger Kunsthalle, Ferdinandstor 1)

80 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Weltkrieg sind die Schlussfolgerungen für ein neues Niveau kooperativer, entschieden ziviler Verhältnisse durch die Vielen, die damals durch die Weltgemeinschaft gezogen wurden, noch immer nicht verwirklicht und heftig umkämpft.

1945 sah die Antihitlerkoalition im Potsdamer Abkommen die konsequent demokratische Gestaltung der deutschen Gesellschaft vor – nicht zuletzt entgegen der wirtschaftlichen Machtkonzentration, die in Faschismus und Krieg geführt hatte – und forderte nach zwei von deutschem Boden begonnenen Weltkriegen die vollständige materielle wie kulturelle Entmilitarisierung Deutschlands. Das Völkerrecht sollte mit der Gründung der Vereinten Nationen für die Verwirklichung freundschaftlicher, strikt ziviler Beziehungen zwischen den Völkern wirken und setzte die gleiche Würde aller Menschen als unwiderruflichen Maßstab.

Das Grundgesetz (1949) und die Hamburger Verfassung (1952) greifen das Streben nach Frieden, Emanzipation und sozialer Gleichheit auf: Die Stadt Hamburg will demnach „im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und

Völkern der Welt sein“ und die politische, soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung durch politische wie wirtschaftliche Demokratie verwirklichen.

Die antifaschistischen Schlussfolgerungen zur Schaffung solidarischer Verhältnisse entgegen dem Schüren internationaler Konkurrenz, militärischer Konfrontation und kultureller Rohheit können angesichts des enormen gesellschaftlichen Reichtums heute erst recht eingelöst werden. Sie sind Bezugspunkt für fortschrittliche Kräfte weltweit.

Gegen diese humane Perspektive richtet sich der Kulturkampf der AfD: rassistischer Dünkel und die sozialdarwinistische Konstruktion angeblicher „Sozialschmarotzer“ gegen soziale Gerechtigkeit; eine Volte zurück in die Fünfzigerjahre mit klassischen (Familien-)Rollenbildern gegen kulturelle Entfaltung und Egalität; militärischer Stärkecult und Nationalismus gegen internationale Solidarität. Das Rechte ist historisch und aktuell Teil einer Verhinderungsfront, die zur Aufrechterhaltung und chauvinistischen Zuspitzung der profitorientierten Gesellschaftsordnung drängen soll.

Die Hamburger Zivilgesellschaft – darunter Gewerkschaften und Parteien, antifaschistische Initiativen, Kultur- und Bildungseinrichtungen – hat bereits 2022 einen Gedenktag zum 8. Mai errungen. Der offizielle, arbeitsfreie Feiertag steht noch aus: „überfällig seit sieben Jahrzehnten“ (Esther Bejarano zum 8. Mai 2020). Er soll allen die Wahrnehmung ihrer Bedeutung dafür eröffnen, aus den Kämpfen und Ambitionen der humanistischen Kräfte zu lernen, die in systemübergreifendem Zusammenwirken die Befreiung errungen haben: Kommunist:innen, Sozialdemokrat:innen und bürgerliche Kräfte, Gewerkschafter:innen und Pazifist:innen, Intellektuelle und Künstler:innen, Partisan:innen und Fluchthelfer:innen, Wehrmachtsdeserteure und Mitglieder der alliierten Streitkräfte von der Sowjetunion bis zu den USA.

Mit Abgeordneten der Hamburger Parteien, die mit der Forderung nach dem Feiertag zum 8. Mai ihre historische Rolle im antifaschistischen Bündnis wahrnehmen, wollen wir diskutieren, welche Schlussfolgerungen sie aus der Befreiung 1945 ziehen und wie wir den 8. Mai als Auftakt für die erweiterte Dynamik ziviler, demokratischer und sozialer Entwicklung gegen Rechts zum Feiertag machen.

Bericht aus der Bezirksversammlung

Neuigkeiten zum Jahresbeginn

Auf Beschluss der Koalition aus SPD und Grünen wurden zum Jahresbeginn einige Fachausschüsse der Bezirksversammlung neu zugeschnitten und zum Teil in Ihren Zuständigkeiten erweitert und entsprechend umbenannt. Insbesondere wurde der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Stadtnatur in zwei neue Ausschüsse aufgeteilt. Daneben wurden der Ausschuss für Sozialraumentwicklung, der Ausschuss für Musik, Kultur und Kreatives und der Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Wochenmärkte und Tourismus umbenannt. Das Ergebnis sind nun die folgenden neuen Fachausschüsse:

- Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Stadtnatur
- Ausschuss für Verkehr und Mobilität
- Ausschuss für Kultur und Gleichstellung
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport
- Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Verbraucherschutz

Bei den übrigen Fachausschüssen sowie den Regionalausschüssen hat sich nichts geändert. Übrigens: Eine Übersicht zu allen Ausschüssen und Informationen zu den Sitzungsterminen findet ihr im Bürgerinformationssystem der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte unter:

<https://sitzungsdienst-hamburg-mitte.hamburg.de/bi/allris.net.asp>

Koalition blockiert wirksamen Kälteschutz

Es ist kalt in Hamburg. Eisig kalt. Dennoch blockiert die SPD-geführte Koalition wie jedes Jahr den Ausbau des Winternotprogramms, die Nutzung leerstehender Räume und die Schaffung von barrierefreien, niedrigschwelligen Zugängen, auch für Menschen mit besonderem Schutzbedarf. Dabei wären diese Maßnahmen dringend nötig, um obdachlose Menschen während des aktuellen Kälteeinbruchs wirksam zu schützen. Unsere Fraktion hatte kurzfristig einen entsprechenden Antrag im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport eingebracht, um auf die extremen Wetterbedingungen und die dringenden Forderungen von Initiativen zu reagieren. In der Beschlussfassung wurde der Antrag jedoch abgelehnt. Dabei hätte die Bezirksversammlung eine klare Empfehlung an den Senat geben können, dringend erforderliche Schritte umzusetzen, etwa die Nutzung eigener bezirklicher Räume in Hamburg-Mitte für zusätzliche Schutz-, Aufenthalts- und Übernachtungsmöglichkeiten.

Die Elbphilharmonie - ein Haus für alle?

In seiner Rede zur Eröffnung der Elbphilharmonie vor 10 Jahren erklärte der damalige Bürgermeister Olaf Scholz gegenüber den Hamburger*innen: „Die Plaza ist ein öffentlicher Ort, frei zugänglich für jedermann und jede Frau.“

Das wird allerdings mittlerweile in Frage gestellt. Nach öffentlichen Aussagen von Kultursenator Carsten Brosda (SPD) wird im Senat zurzeit intensiv darüber diskutiert, die Elbphilharmonie-Plaza künftig für Besucher*innen kostenpflichtig zu machen.

Wir nehmen Scholz beim Wort und lehnen die Pläne eines kostenpflichtigen Zugangs zur Plaza ab. Und haben einen entsprechenden Antrag in den Ausschuss für Kultur und Gleichstellung eingebracht.

Eine Entscheidung über unseren Antrag wurde durch SPD und die Grünen auf die nächste Sitzung des Ausschusses am 18. Februar vertagt. Wir werden sehen, ob sich diese Koalition darauf verständigen kann, die Plaza der Elbphilharmonie als frei zugänglichen Ort zu erhalten.

Mieter*innen-Veranstaltung in Billstedt

Am 22. Januar veranstalteten wir im Kulturpalast Billstedt einen Austausch-Abend zur Zukunft der SAGA-Siedlung an der Möllner Landstraße. Hintergrund waren Dokumente, die letztes Jahr aus dem Unterausschuss Billstedt geleakt wurden: Ein Vorbescheidsverfahren für einen Neubau an der Stelle, wo aktuell Duplex-Häuser aus den 1950ern mit insgesamt 175 Wohnungen stehen. Die Nachbarschaft - so haben sie es bei Haustürgesprächen vorab berichtet - ist Gerüchte über einen möglichen Abriss ihres Zuhauses gewohnt, dass es nun aber schon Neubaupläne für 352 Wohnungen gibt, ist eine neue Dimension. Zusammen mit Katharina F. Boehm von „Mietern helfen Mietern“ und unser Bürgerschaftsabgeordneter Heike Sudmann boten unsere Fraktionsmitglieder Carina und Antonia Raum, um Sorgen und Fragen mit fachkundiger Unterstützung auszutauschen und auch Unsicherheiten aus dem Weg zu räumen. Gekommen sind einige Mieter*innen, aber auch Menschen aus der umliegenden Nachbarschaft, schließlich würde ein Neubau in der geplanten Größe auch die Struktur der Umgebung deutlich verändern.

Auch die SAGA war eingeladen, hatte aber abgelehnt, weil sie generell keine Parteiveranstaltungen besucht. So wurde ohne den Vorhabenträger darüber gesprochen, dass niemand fürchten muss, dass er oder sie aus der Wohnung geschmissen wird und dass der Plan eines Neubaus

tatsächlich noch keine Garantie für einen Abriss ist. Aber auch die Rolle der SAGA wurde thematisiert. Als städtisches Unternehmen hat die SAGA eine besondere Verantwortung, die über die Erfüllung der städtischen Vorgaben von 10.000 neu genehmigten Wohnungen hinausgeht. Sie darf nicht nur als Unternehmen denken, sondern muss auch die Mieter*innen im Blick haben. Das fängt an bei der Kommunikation, geht weiter bei der Beteiligung und hört bei der Miete selbst auf. Klar ist, dass die SAGA ein wichtiger Hebel für den Hamburger Mietenspiegel sein kann, schließlich könnte die SAGA, bei den jährlichen Milliongewinnen ohne große Not ihre Mieten senken, statt sie zu erhöhen. Es ist aber auch klar, dass sie als soziale Vermieterin eine Verantwortung für ihre Mieter*innen trägt und sie mitnehmen kann, wie sie es schon an anderen Stellen durchaus bewiesen hat. So ging es im Kern an diesem Abend auch um die Ermutigung der Mieter*innen, der Nachbarschaft, dass sie genau das einfordern können - niemals allein, immer gemeinsam!

Anzeige ist raus

In der Sitzung der Bezirksversammlung im Oktober richtete Norbert Jordan von der AfD-Fraktion eine zutiefst menschenverachtende Bemerkung gegen unsere erkrankte Genossin Theresa. Dies hat nun Folgen für ihn.

Theresa hat gegen den AfD-Mann einen Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Natürlich mit der politischen Unterstützung durch die Fraktion.

Entschlossen gegen Kürzungen

Unsere Fraktion hat einen Antrag für die Interessenvertretung Offene Arbeit (IVOA) in den Jugendhilfeausschuss eingebracht. Grundlage ist ein gemeinsames Petition der LAG §78 OKJA/JSA sowie des Landesjugendhilfeausschusses (LJHA).

Der Antrag wurde einstimmig beschlossen und von allen demokratischen Fraktionen sowie den

freien Trägern getragen. Damit sendet der Ausschuss ein starkes Signal: Bestehende Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien dürfen nicht noch weiter gefährdet werden.

Kulturkanal – wir bleiben dran!

Mit dem Kulturkanal im Reiherstiegviertel in Wilhelmsburg geht es nicht voran. Stattdessen ist die Soulkitchen-Halle verfallen. Engagierte Kulturaktivisten aus dem Stadtteil werden von dem Gelände ausgesperrt.

Dabei liegt bereits seit Sommer 2023 ein freiraumplanerisches Strukturkonzept für den Veringkanal vor. Das Strukturkonzept soll nach Aussage des Senats eine aus freiraumplanerischer Perspektive qualifizierte Diskussions- und Entscheidungsgrundlage für Planungsprozesse zur künftigen Entwicklung des Veringkanals bilden. Es hat zum Ziel, Potenziale und Entwicklungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Grünverbindung entlang des Gewässers vom Spreehafen bis zum Äußeren Veringkanal aufzuzeigen.

Bisher wurde dieses Strukturkonzept dem Regionalausschuss Wilhelmsburg / Veddel / Kleiner Grasbrook aber nicht vorgestellt. Auch im Transparenzportal Hamburg ist das Strukturkonzept nicht abrufbar.

Wir haben im Regionalausschuss die Vorstellung des Konzepts durch die Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft beantragt. Und haben überzeugt. Die anderen Fraktionen haben unserem Antrag zugestimmt.

Unsere Anträge und Pressemitteilungen könnt Ihr im Detail auch auf unserer Website nachlesen: <https://www.linksfraktion-hamburg-mitte.de/aktuelles/>

Marinus Stehmeier

Das Dokumentationszentrum denk.mal Hannoverscher Bahnhof darf nicht scheitern!

APPELL: In Sorge um den Stillstand in der Realisierung des Dokumentationszentrums denk.mal Hannoverscher Bahnhof haben 44 Personen, die seit Jahrzehnten an der Verwirklichung dieses wichtigen Gedenkortes arbeiten, einen Appell an den Hamburger Senat und den privaten Investor gerichtet.

[Das Dokumentationszentrum denk.mal Hannoverscher Bahnhof darf nicht scheitern! - Das Auschwitz-Komitee](#)

**Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Dr. Tschentscher,
sehr geehrter Herr Müller-Spreer!**

Als Personen, die sich seit über zwei Jahrzehnten für ein Dokumentationszentrum in der HafenCity

zur Erinnerung an die von 1940 bis 1945 erfolgten Deportationen vom ehemaligen Hannoverschen Bahnhof einsetzen, sind wir tief besorgt über Nachrichten, wonach die Realisierung dieses Projekts gefährdet ist. Nichts weniger als die Glaubwürdigkeit der Stadt und die Vertragstreue des Investors stehen hier auf dem Spiel.

Ein kurzer Rückblick: Vor über 20 Jahren begann ein mehrjähriger Beteiligungsprozesses mit Kolloquien und Werkstattgesprächen. Mit dem Wettbewerb 2009 über die Gestaltung des Lohseparks, der Erarbeitung eines Grundkonzeptes und einer Modifikation des Masterplans HafenCity wurden im Doppelhaushalt 2011/2012 die Mittel für die Errichtung der Gedenkstätte Hannoverscher Bahnhof bereitgestellt. Die HafenCity Hamburg GmbH verkündete, dass „die Fertigstellung des Dokumentationszentrums [...] nach Sicherung der Finanzierung für 2012/2013 vorgesehen“ sei. Probleme bei der Grundstücksverfügbarkeit und der Realisierungsträgerschaft verzögerten das von einem Beirat begleitete Vorhaben um Jahre.

Im Zuge der Fertigstellung des Lohseparks entstand immerhin mit der Fuge entlang der Gleise und den Überresten des ehemaligen Bahnsteigs 2 ein Gedenkort mit Namenstafeln der über 8000 aus Hamburg deportierten Jüdinnen und Juden, Sintizze und Sinti, Romnja und Roma. Die Einweihung am 10. Mai 2017 fand bundesweit große Beachtung.

Auch erfolgte 2017 der Vertragsabschluss über das für das Dokumentationszentrum vorgesehene Grundstück und dessen Bebauung mit einem Bürogebäude. Für die im Erdgeschoss geplante ca. 1000qm große Ausstellungsfläche wurde zwischen dem Käufer/Investor Harm Müller-Spreer und der Stadt ein Vertrag über ein 200 Jahre währendes mietfreies Dauernutzungsrecht geschlossen. Der Bund sagte im Dezember 2018 eine 50-prozentige Förderung der Ausstellungserarbeitung zu.

Im Februar 2020 begann der Bau mit einem gemeinsamen Spatenstich. Sie, Herr Müller-Spreer, hoben in der anschließenden Veranstaltung hervor, dass dieses Bauvorhaben für Sie eine große Ehre und angesichts Ihrer eigenen Familiengeschichte auch eine innere Verpflichtung sei. Als Anfang 2021 die Medien über die geplante Vermietung der Büroflächen an die Firma Wintershall Dea AG berichteten, führte dies angesichts deren NS-belasteter Vergangenheit zu öffentlicher Kritik und Protesten. In dem daraufhin eingeleiteten Mediationsverfahren führte das Angebot des Investors, an einem eigenständigen Standort ein Ausstellungsgebäude im Rohbau auf seine Kos-

ten zu errichten, zu einer Einigung. Sie, Herr Müller-Spreer, erklärten gegenüber dem Hamburger Abendblatt: „Es war mir ein Herzenswunsch, das Dokumentationszentrum von der Seite ins Zentrum des Parks zu rücken und einen Lernort für künftige Generationen zu schaffen“.

Nachdem im April 2022 der Schenkungsvertrag abgeschlossen, das Dauernutzungsrecht aufgehoben und im März 2023 der Wettbewerb für das Solitärgebäude entschieden war, hätte nach Abschluss der erforderlichen Vergabeverfahren und planerischen Anpassungen der Bauantrag vorbereitet und gestellt werden können. Am 30. September 2025 teilte der Senat jedoch mit, dass derzeit die Planungsarbeiten ruhen, „da der Schenker diese bis zur Klärung steuerrechtlicher Fragen zur Absetzbarkeit seiner Aufwendungen unterbrochen hat“ (Drs. 23/1557).

Durch den bisher entstandenen Zeitverzug ist das noch überall genannte Eröffnungsdatum 2026/2027 inzwischen völlig illusionär. Wegen des Ablaufs der bereits bis 2026 verlängerten Frist für die Förderung des Ausstellungsvorhabens droht eine Rückzahlungsaufforderung des Bundes. Ein weiteres Problem: Der Schenkungsvertrag räumt für den Fall einer bis zum 28. Februar 2028 nicht vorliegenden Baugenehmigung beiden Seiten den Ausstieg aus dem Vertrag ein.

Das geplante Dokumentationszentrum Hannoverscher Bahnhof ist der bislang einzige Gedenkort in Norddeutschland, der Shoah und Porajmos gemeinsam in den Blick nimmt und die Einbettung der rassistischen Ausgrenzung und der Deportationen in die nationalsozialistische Gesellschaft zeigt. Trotz aller Fortschritte in der Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur, von denen das im September 2023 vom Senat in die Bürgerschaft eingebrachte Gedenkstättenkonzept zu berichten weiß (Drs. 22/13023), droht Hamburg im Falle eines Scheiterns des Dokumentationszentrums in der HafenCity ein schwerer Schaden. Dass auch die allerletzten der wenigen Überlebenden der Deportationen den von ihnen erstrittenen Informationsort nicht mehr erleben werden, wäre schon tragisch und schwer hinnehmbar. Wenn aber in einer Zeit, in der vor dem Hintergrund des Anstiegs des Rechtsextremismus bei jungen Menschen die fehlenden Zeitgeschichtskennntnisse beklagt werden und zugleich die Forderungen nach einem Schlusstrich unter das Erinnern immer lauter werden, ein den Betroffenenverbänden und der Öffentlichkeit vielfach versprochenes Dokumentationszentrum ad acta gelegt würde, wäre dies für die Hamburger Erinnerungskultur eine Bankrotterklärung.

Der Hamburger Senat hat sich für den Wiederaufbau der infolge des Novemberpogroms von 1938 zerstörten Bornplatzsynagoge und für die Prüfung der Errichtung eines Jüdischen Museums als Orte für die Repräsentanz jüdischer Gegenwart und Geschichte ausgesprochen. Gerade weil es sich hierbei um „kein Holocaust-Museum“ handeln soll, gilt es, das Scheitern des Dokumentationszentrums zu verhindern. Ansonsten hätte die Vermittlung der Verfolgungs- und Deportationsgeschichte in Hamburg keinen Ort.

Die Hamburger Regierungsparteien haben in ihrem Koalitionsvertrag 2025 unter der Überschrift „Erinnern für die Zukunft“ erklärt: *„Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass wir uns darum kümmern, das Bewusstsein für unsere historische Verantwortung hochzuhalten. Unsere Erinnerungskultur ist eine wesentliche Grundlage unserer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft. Deshalb werden wir das Gedenkstättenkonzept systematisch umsetzen und insbesondere [...] das Dokumentationszentrum Hannoverscher Bahnhof realisieren.“* (Koalitionsvertrag SPD-GRÜNE vom 24. April 2025, S. 120)

Wir fordern deshalb Sie, Herr Dr. Tschentscher, und den Senat dazu auf, nicht wortbrüchig zu werden. Zugleich appellieren wir an Sie, Herr Müller-Spreer: Beenden Sie den Planungsstopp, stehen Sie zu Ihren im Schenkungsvertrag abgegebenen Versprechen und fügen Sie der Erinnerungskultur in Ihrer Heimatstadt Hamburg keinen weiteren Schaden zu!

Hamburg, den 27.01.2026

Wenn auch Sie den Appell unterstützen möchten, bitte hier klicken!

Erstunterzeichnende

Dr. Linde Apel, Kuratorin der Ausstellung „In den Tod geschickt“, Beirat Dokumentationszentrum

Ruth Asseyer, Journalistin und Wegbegleiterin des Projektes

Frank Bajohr, Leiter des Zentrums für Holocaust-Studien am IfZ München

Michael Batz, Autor, Dokumentarstücke Hamburgische Bürgerschaft

Hanno Billerbeck, 2012-24 Pastor für Kirchliche Gedenkstättenarbeit Neuengamme

Christiane und Georg Chodinski, Vorstand VVN-BdA Landesverband Hamburg

Dr. Martin Doerry, Journalist und Historiker, Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Andreas Ehresmann, Leiter der Gedenkstätte Lager Sandbostel, Untersuchung der Bodenrelikte 2013-2014.

Prof. Dr. Stefanie Endlich, Mitwirkung an der Konzeptentwicklung, Jurymitglied im Wettbewerb Lohsepark

Gabriela Fenyés, Ehem. Vors. Jüdische Gemeinde Hamburg, Expertenrunde ab 2007

Prof. Dr. Detlef Garbe, Beirat Dokumentationszentrum

Christa Goetsch, 2. Bürgermeisterin a.D.

Norbert Hackbusch, Politiker, dem Projekt seit über 15 Jahren verbunden

Dr. Anna Hájková, Universität Warwick, Beraterin Dokumentationszentrum

Sabine Hanke, Familienangehörige von jüdischen Deportierten

Peter Hess, Stolperstein-Initiative, Konzeption Museum am Ort des ehem. Hannoverschen Bahnhof, 2007

Prof. Dr. Kirsten Heinsohn, komm. Direktorin der Forschungsstelle f. Zeitgeschichte in Hamburg

Ruben Herzberg, Kinder vom Bullenhusen Damm e.V., ehem. Vors. Jüdische Gemeinde Hamburg

Rudko Kawczynski, Rom und Cinti Union, Expertenrunde Hannoverscher Bahnhof, seit 2007

Cornelia Kerth, Bundesvorsitzende VVN-BdA, Beirat Stiftung Hamburger Gedenkstätten

Gottfried Kößler, ehem. Direktor Fritz Bauer Institut, Beirat Dokumentationszentrum

Susanne Kondoch-Klockow, Vorstandsvorsitzende Auschwitz-Komitee

Dr. h. c. Sonja Lahnstein-Kandel, Vorsitzende Stiftung step21 für Toleranz und Verantwortung

Prof. Dres h. c. Manfred Lahnstein, Bundesminister der Finanzen a. D.

Dr. Stephan Linck, Ev. Akademie der Nordkirche, Studienleiter Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit

Prof. Dr. Katja Makhotina, Universität Erlangen-Nürnberg, Beirat Dokumentationszentrum

Dr. Beate Meyer, Beirat zur Ausstellung „In den Tod geschickt“, 2007–2009

Dr. Sylvia Necker, Baugeschichtliche Gutachten 2007–2009, Leitung LWL-Preußenmuseum Minden

Helga Obens, ehem. Vorstand des Auschwitz-Komitees (stellvertr. Vorsitzende)

Dr. Frank Reuter, Forschungsstelle Antiziganismus (Universität Heidelberg)

Dr. Ortwin Pelc, Abt.-Leiter „Juden in Hamburg“ Museum f. Hamb. Geschichte bis 2018

Marut G. Perle, Auschwitz-Komitee, Beirat Dokumentationszentrum

Dr. Ulrich Prehn, Gutachten 2007–2009, Technische Universität Berlin

Patrick Siegele, OeAD ERINNERN:AT, Wien, Beirat Dokumentationszentrum

Ulrike Sparr, M.A., Stolpersteine-Initiative Hamburg

Prof. Dr. Michael Wildt, Beiratsvorsitz Ausstellung „In den Tod geschickt“, 2007–2009

Ingo Wille, Stolperstein-Initiative Hamburg, Beirat Dokumentationszentrum

Ursula Wamser, Dokumentationsjournalistin, Übersetzerin der Lebenserinnerungen von Lucille Eichengreen

Dr. Wilfried Weinke, Publizist, Kurator zeitgeschichtlicher Ausstellungen

Arnold Weiss, Vors. Landesverein der Sinti in Hamburg, Beirat Dokumentationszentrum

Dr. Kim Wünschmann, Institut für die Geschichte der deutschen Juden

Andreas Wittenberg, Familienangehöriger von jüdischen Deportierten

Peter Mordechai Zamory, Sprecher Grüne Bürgerschaftsfraktion für Erinnerungskultur, 2020–2025

Tarifverhandlungen Öffentlicher Dienst - Kein Angebot in der zweiten Verhandlungsrunde -



Kundgebung in Bergedorf Foto: -ena

Der Monat Januar war - auch in Hamburg - bestimmt von zig Warnstreikaktionen der Tarifbeschäftigten der Stadt Hamburg (Stadtstaat). Tausende Beschäftigte folgten den Aufrufen ihrer Gewerkschaften Ver.di, GEW, GdP und Komba.

Anlass sind die am 3. Dezember gestarteten Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag - nicht nur für die Angestellten, sondern auch die Azubis, Praktikant*innen, studentischen Mitarbeiter*innen, Dual Studierende - und natürlich auch für die Beamt*innen, die zwar nicht streiken dürfen, für die der Abschluss aber hoffentlich von der Bürgerschaft genehmigt wird - und für die Beschäftigten, deren Bezahlung sich an diesem Abschluss orientiert, z.B. in der Freien Kinder- und Jugendhilfe.

Während noch im April 2025 die Beschäftigten des Bundes und der Gemeinden (Kommunen) eine Lohnerhöhung von gerade 3 Prozent (auch nicht doll) erkämpften, soll nun die berechtigte Forderung nach u.a. "7 Prozent, mindestens 300 Euro" als "utopisch" abgewürgt werden.

Thema SAGA in Billstedt

Das Thema SAGA beschäftigt die Stadtteilgruppe Billstedt sehr intensiv.

Ein Teilthema ist dabei der mögliche Abriss einer SAGA-Siedlung an der Möllner Landstraße an der Kreuzung Merkenstraße.

Möglicher Abriss der Saga Siedlung an der Merkenstraße/Möllner Landstraße

In diesem Zusammenhang gab es eine Veranstaltung im Kulturpalast Billstedt am 22.1.26 (siehe Foto S. 14).

Eingeladen waren hierzu unter anderem die Bewohner:innen der SAGA-Siedlung. Die Versammlung wurde moderiert von Antonia Ivankovic. Sie

In der 2. Verhandlungsrunde am 15. und 16.1. legten die Arbeitgeber erstmals " Eckpunkte für einen Einigungskorridor" vor. Ein konkretes, abschlussfähiges Angebot blieb aus: die Entgelterhöhung soll nur leicht über der Inflation - in drei Stufen verteilt auf drei Jahre 2026 - 2028 (Laufzeit 29 Monate bis Ende März 2028 plus zwei "Nullmonate") "verteilt" werden. insgesamt solle dieses eine "Steigerung" von 5 Prozent (absolut nicht nachvollziehbar!) beitragen.

Die Gewerkschaften stellen klar, dass die lange Laufzeit und das vergleichsweise geringe Volumen, die Kaufkraftverluste der letzten Jahre nicht ausgleichen würde. Der Ver.di-Vorsitzende, Frank Wernecke, kritisierte, dass die Arbeitgeberseite statt eines "Angebotes" lediglich "vage Aussagen" gemacht habe. Von einem Abschluss, "oberhalb der Inflation" zu sprechen, reiche nicht aus. Die Beschäftigten erwarten konkrete Zahlen und verlässliche Zusagen. "Dieser ,Verhandlungsstand' ist ungenügend. Die Arbeitgeber verkennen offenbar den Ernst der Lage für viele unserer Kolleginnen!"

Falls in der 3. Verhandlungsrunde am 11.2., keine Einigung zustande komme, müsse über einen "Erzwingungsstreik" (unbefristeter Streik) nachgedacht werden, so schon einige Kolleginnen.

Am 5.2. kommt Frank Wernecke zur Unterstützung des nächsten ganztägigen Streiktages nach Hamburg.

Beginn: Donnerstag, den 5.2., 10.00 Uhr, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof.

konnte für das Podium Heike Sudmann MdHB Die Linke und Katharina Boehm (Mieter helfen Mieter) begrüßen. Eingeladen waren auch Vertreter:innen der SAGA, die jedoch ihre Teilnahme absagten.

Es sind in der Siedlung ca. 400 Bewohner:innen betroffen. Den Anwesenden konnte die Angst vor einem Abriss genommen werden. Sowohl Katharina Boehm als auch Heike Sudmann bekräftigten, das niemand einfach aus seiner Wohnung Geschmissen werden kann, da der Abriss der Siedlung kein Grund ist um das Mietverhältnis zu beenden. Es wird empfohlen, dass die Mieter:innen sich solidarisch zusammenschließen, um so aus einer gestärkten Position mit der Saga zu

verhandeln. Die Veranstaltung kam bei allen Anwesenden gut an



Die SAGA in Mümmelmansberg

Die SAGA war bis 1990 ein gemeinnütziges Wohnungsunternehmen.

Im Interesse des Lobbyverbandes der freien Wohnungsunternehmen wurde 1990 das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz durch die damals regierende CDU (Helmut Kohl) aufgehoben. Die letzte Bundesregierung hat ein Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz wieder eingeführt. Darauf gibt es nur eine Antwort. Wie schön wäre es doch, wenn die SAGA wieder gemeinnützig wäre und nicht wie jetzt eine Aktiengesellschaft. Um die SAGA Mieter in Mümmelmansberg darüber zu informieren und ferner in Erfahrung zu bringen, welche Probleme für SAGA Mieter in Mümmelmansberg derzeit bestehen, haben wir Haustürgespräche am 8.12.25 und 24.1.26 in Mümmelmansberg geführt. Die Ergebnisse dieser Gespräche wurden in einem offenen Brief verarbeitet, den wir am 6.2. der SAGA übergeben werden.

Wir danken Rainer Benecke; Antonia Ivankovic, Heike Sudmann, Katharina Boehm und allen die bei den Haustürgesprächen engagiert waren

Offener Brief an die Saga

Liebe SAGA,

wir wollen dich auf einige Probleme aufmerksam machen. Wir wissen, dass du es bei der Vielzahl deiner Aufgaben nicht immer leicht hast, aber dein oberstes Ziel sollte doch die Zufriedenheit deiner Mieterinnen und Mieter sein.

Wir haben in Mümmelmansberg in einigen deiner Häuser Hausbesuche gemacht, die wir vorher angekündigt haben. Wir, das sind einige Mitglieder der Partei DIE LINKE, die sich hauptsächlich ehrenamtlich auf der lokalen Ebene politisch (z. B. im Regionalausschuss Billstedt) engagieren.

Wir sind mit Mietern in Kontakt gekommen, die sich sehr darüber gefreut haben, dass ihre Häuser renoviert worden sind.

Aber wir haben auch viel Unzufriedenheit erfahren müssen, die wir hier auflisten wollen, damit du, liebe SAGA, darauf reagieren kannst.

Eine übergeordnete Kritik, die sich wie ein roter Faden durchzieht ist, dass du, liebe SAGA, bei Schadenmeldungen nicht oder nur schwer zu erreichen bist. Entweder man hängt in einer Telefonschleife oder Mails und auch Briefe werden nicht beantwortet. Es dauert generell immer sehr lange, bis du, liebe SAGA, reagierst, wenn du überhaupt reagierst.

Hier nun die einzelnen Häuser mit den uns geschilderten Problemen:

Große Holl 2–4 und Lietborgredder 4 und 8:

Der Zustand, der Fahrstühle wurde bemängelt. Sie rumpeln. Es gibt defekte Klingeln und Türknäufe. Die Reinigung des Eingangsbereichs ist unzureichend und es wurde eine zunehmende Vermüllung und die Rattenplage rund um die Häuser angesprochen.

Hochhaus Kandinskystraße 20

Hier gab es große Freude über die Renovierung des Hauses. Ärgerlich ist für einige Mieter aber, dass in den Hausfluren gedealt und gekifft wird. Das Treppenhaus ist manchmal schmutzig. Auch hier funktionieren die Aufzüge manchmal nicht. Es dauert, bis du, liebe SAGA, darauf reagierst.

Kleine Holl 16–20

Hier wurden uns undichte Wohnungstüren und Fenster gezeigt, was zu höheren Heizkosten führt. Es wurde sich über Schimmel beklagt. Wir wurden auf Wasserflecken und die Taubenplage aufmerksam gemacht. Auch hier funktionieren einige Klingeln und das Licht in einigen Hausfluren nicht. Auch die Wasserqualität wurde beanstandet.

Sicherlich freust du dich, liebe SAGA, dass wir das für dich aufgelistet haben. Nun wirst du tatkräftig und umgehend daran gehen, die Mängel zu beseitigen. Es ist doch die Zufriedenheit der Mieter, die dir am Herzen liegt?

Wir werden das beobachten, denn das sehen wir als unsere Aufgabe an: Unzufriedenheit benennen und dabei mitzuwirken, die Probleme zu lösen.

Liebe Grüße,
für die LINKE HH Billstedt Wolfgang Strauß und Uwe Everding-Böhm, Mitglieder des Regionalausschusses Billstedt in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte.

Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke/Ecke Neuer Wall

Montag, 09.02., 16:30 Uhr

Treffen der **BezAG SeniorInnenpolitik**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Dienstag, 10.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Bürgerhaus Wilhelmsburg

Dienstag, 10.02., 19:00 Uhr

Treffen der **LAG Klimagerechtigkeit**
Landesgeschäftsstelle, Burchardstrasse 21

Donnerstag, 12.02., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kulturpalast, Öjendorfer Weg 30 a

Donnerstag, 12.02. 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli/Neustadt/Hafencity**
Hamburger Hochstraße 1a, Abgeordnetenbüro
Marie Kleinert (am Hein-Köllisch-Platz)

Freitag, 13.02., 10:30 Uhr:

Treffen der **LAG Senior*innenpolitik**
Update zur Programmdebatte, Rentendebatte
Sitzungsraum, Burchardstr. 21

Montag, 16.02., 19:00 Uhr

Treffen der **BO HaHoBo**
Horner Freiheit, Am Gojenboom 46

Mittwoch, 18.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Donnerstag, 19.02., 17:30 Uhr

Öffentliche **Sitzung der Bezirksversammlung**
Sitzungssaal, Caffamacherreihe 1-3, 11.OG

Sonntag, 22.02.

BMV mit Wahlen!!

Detaillierte Einladung Seite 2

März 2026

Dienstag, 03.03. (?), 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Bürgerhaus Wilhelmsburg

Donnerstag, 12.03., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kulturpalast, Öjendorfer Weg 30 a

Donnerstag, 12.03., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli/Neustadt/Hafencity**
Hamburger Hochstraße 1 a, Abgeordnetenbüro
Marie Kleinert,

Montag, 16.03., 19:00 Uhr

Treffen der **BO HaHoBo**
Horner Freiheit, Am Gojenboom 46

Mittwoch, 18.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei:

<https://www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/termine/>

Und der der Bürgerschaftsfraktion:

<https://www.linksfraktion-hamburg.de/termine>

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

	Telefon	Mail
Rhia Baguley		rhia.baguley@die-linke-hamburg.de
Lea Behn		lea.behn@die-linke-hamburg.de
Laura		
Luzian Massarrat		luzian.massarrat@die-linke-hamburg.de
Vincent Rejmanowski		vincent.rejmanowski@die-linke-hamburg.de
Jamila Schrum		jamila.schrum@die-linke-hamburg.de
Wolfgang Strauß (Schatzmeister)		wolfgang-strauss@die-linke-hamburg-mitte.de
Yannick Yildiz		yannick.yildiz@die-linke-hamburg.de
Gesamtvorstand		bv-mitte-vorstand@lists.die-linke-hh.de
Instagram: https://www.instagram.com/dielinkehh_mitte/		
Im Netz: http://www.die-linke-hamburg-mitte.de		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX